

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck u. Verwaltung: Drag 11, Arzámbala 15 • Tel. 20705, 31469, Nachdruck (ab 21 Uhr): 33558 • Postkonto: 57344

12. Jahrgang.

Samstag, 14. Mai 1932

Nr. 115.

Die Belgrader Konferenz der Kleinen Entente.

Studium der Abrüstungsfragen.

Belgrad, 13. Mai. Heute um 11 Uhr vormittags traten im Ministerium des Äußeren die drei Außenminister der Staaten der Kleinen Entente Dr. Venes, Prinz Shika und Dr. Marinkovic zur ersten Konferenz zusammen. Gleichzeitig wurde die Konferenz der Kleinen Entente eröffnet. Nach der heutigen Zusammenkunft der Außenminister der Kleinen Entente wurde folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

Die Außenminister der Kleinen Entente haben heute vor- und nachmittags zwei Sitzungen unter dem Vorsitz des südlawischen Ministerpräsidenten Dr. Marinkovic abgehalten. Bei dieser Gelegenheit haben die Minister einen Austausch ihrer Informationen und Eindrücke von der allgemeinen politischen Lage sowie hinsichtlich der ersten Schwierigkeiten, die diese Lage mit sich bringt, gepflogen. Die Minister haben mit dem Studium der Probleme begonnen, die in der Abrüstungskonferenz erörtert werden, sowohl vom politischen als auch vom technischen Standpunkt. Hierbei wurden nicht nur die Fragen der Prozedur und die Methode der Arbeit, sondern auch das Wesen der Probleme erörtert, die gelöst werden müssen. Die Minister haben sich neuerlich geeinigt hinsichtlich der gemeinsamen Richtung der Arbeit, die bereits festgelegt war, und haben die zukünftige Prozedur in Übereinstimmung mit der Entwicklung der politischen Probleme der Abrüstungskonferenz seit der letzten Zusammenkunft der Vertreter der Kleinen Entente festgesetzt.

Der morgige Tag wird dem Studium der Fragen gewidmet sein, die in der bevorstehenden Konferenz in Lausanne zur Erörterung gelangen werden.

Dienstag Regierungserklärung

Prag, 13. Mai. Wie heute im Parlament bestimmt verlautet, wird Ministerpräsident Udrzal in der Dienstagssitzung des Hauses, in der schon eine Reihe finanzieller Vorlagen aus dem Programm des Finanzministers eingebracht werden soll, ein finanzpolitisches Exposé halten, in dem er die Rückwirkungen der Krise auf die Tschechoslowakei darlegen und über den Stand der Staatsfinanzen Aufschluß geben wird. Ob auch der Finanzminister im Anschluß an das Exposé Udrzals das Wort ergreifen wird, um die Details seines Finanzplans zu erläutern, steht noch nicht fest.

In der Regierung gingen heute die Verhandlungen über das weitere Arbeitsprogramm des Parlaments fast ununterbrochen weiter. Das amtliche Kommuniqué weiß darüber lediglich folgendes zu berichten:

„Weiter gelangten die Berichte der besonderen Minister-Subkomitees über die einzelnen dringenden wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten zur Verhandlung, namentlich was die Vorbereitung der Gesetzentwürfe betrifft, die der Nationalversammlung im Rahmen des Programms der parlamentarischen Arbeiten in der nächsten Parlamentsperiode vorgelegt werden.“

Wenn die für diese amtliche Berichterstattung verantwortlichen Faktoren wirklich glauben, auf diese Weise in der breiten Öffentlichkeit das erforderliche Verständnis für die schwere Arbeit einer verantwortungsbewußten Regierung in einer derartigen Krisenzeit zu wecken, dann befinden sie sich gründlich auf dem Holzweg. Sollte sich das Ministerpräsidentium nicht bald entschließen können, hier Abhilfe zu schaffen und jeweils ganz konkret über die einzelnen dringenden wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten, die den Ministerrat beschäftigen, zu berichten, dann soll man die Ausgabe detaillierter Kommuniqués doch lieber ganz einstellen. In dieser Form können sie nicht als Information, sondern auch bei bestem Willen nur als Propaganda der Verantwortlichkeit bewertet werden.

Lausanner Konferenz einberufen.

London, 13. Mai. Die britische Regierung hat in ihrem eigenen Namen sowie im Namen Frankreichs, Italiens, Belgiens, Japans und Deutschlands den Regierungen der Tschechoslowakei, Rumaniens, Jugoslawiens, Polens, Griechenlands, Portugals, der britischen Dominien und Indiens die Einladungen zu die Lausanner Konferenz zum 16. Juni d. J. übermittelt.

Der Triumph der Generalskamarilla.

Berlin, 13. Mai. Die deutsche politische Öffentlichkeit bleibt trotz allen amtlichen Dementis von dem entscheidenden Einfluß der Generale auf die gestrige Demission Dr. Groeners als Reichswehrminister weiterhin überzeugt. Die Reichspresse bestärkt zum überwiegenden Teil die Einflußnahme der Generale in dieser Angelegenheit nicht, dementiert sie aber auch nicht; dagegen bleiben die Blätter der Mitte und der Linken dabei,

daß die Demission von einer Gruppe hoher Offiziere erzwungen wurde.

Die „Börsische Zeitung“ behauptet z. B., den letzten Anstoß zur Demission habe die Unterredung gegeben, die Reichskanzler Dr. Brüning gestern nachmittags mit dem politischen Chef des Reichswehrministeriums General Schleicher gehabt habe. Die Oberkommandierenden der Armee und der Flotte blieben bei diesem letzten Mißverständnisse. In ähnlichem Sinne schreibt auch das „Berliner Tageblatt“.

daß unzweifelhaft Umtriebe der Generalskamarilla vorliegen, daß die offiziellen Dementis unrichtig seien und den Tatsachen nicht entsprechen.

Das bayrische Regierungsorgan, der „Bayerische Kurier“, schreibt, daß die führenden Generale bei einer gemeinsamen Sitzung gestern darin übereingekommen seien, daß Minister Groener nicht mehr das Vertrauen der Reichswehr besitze. Das Ergebnis dieser Beratung hätten die Generale dem Reichskanzler Brüning mitgeteilt und sodann um eine Audienz beim Reichspräsidenten ersucht. Hierauf kam es aber nicht, denn Reichskanzler Brüning habe sich inzwischen entschlossen, selbst aus dieser Situation die Konsequenzen zu ziehen, und habe persönlich mit dem Reichspräsidenten Hindenburg über diese Angelegenheit verhandelt. Von vertrauenswürdigster Seite wird — wie das Blatt weiter ausführt — erklärt,

daß von bisher unbekannter Seite der Plan in Vorbereitung gestanden habe, Minister Groener nötigenfalls mit Gewalt zu entfernen.

Der Rücktritt des Reichswehrministers Groener ist ein Zeichen dafür, wie krisenhaft die Verhältnisse in Deutschland sind und wie sehr man unter Umständen politischer Ueberrollungen aus diesem Lande gewärtig sein kann. Groener ist einer jener Generale der alten kaiserlichen Armee, die beim Zusammenbruch nicht geflohen sind, sondern ihre Pflicht, die Armee in die Heimat zu führen, erfüllt haben. Er hat sich rasch auf den Boden der neuen Verhältnisse gestellt und nach einigen Schwankungen — er war seit 1927 Reichswehrminister — zur Spitze der Republik besaß. Allerdings hat er seinerzeit Fehler begangen und Halbheiten getan, die vielleicht zu seinem Sturz beigetragen haben. So hat er den Erlaß herausgegeben, wonach Nationalsozialisten in die Reichswehr aufgenommen werden konnten und hat damit die reaktionären Kreise in der Reichswehr, die ihn nun gestürzt haben, gestärkt. Anscheinend haben die reaktionären Generale bei Hindenburg

Das unvermeidliche Dementi.

Berlin, 13. Mai. (Sch. P. B.) In der Presse wird behauptet, daß dem Gesuche des Reichsinnenministers Groener um Enthebung seines Amtes als Reichswehrminister ein Schritt der Chef der Seeres- und Marineleitung vorgegangen sei. Hierauf wird erklärt, daß diese Behauptung un wahr ist, und nicht den Tatsachen entspricht.

Der Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie.

Der Berliner „Vorwärts“ schreibt anläßlich des Rücktritts Groeners:

Die Regierung Brüning muß wissen, ob sie kapitulieren oder kämpfen will. Ein drittes gibt es nicht. Sie kann in die Geschichte eingehen als die Regierung, die vor den Fritsch, Göring, Straffer und Heines die weiße Fahne aufgezogen hat. Oder sie kann in die Geschichte eingehen als die Regierung, die Deutschland in allerhöchster Zeit und in allerhöchsten Kämpfen davor bewahrt hat, einer Verbrechergesellschaft als Beute zu fallen. Zwischen diesen beiden historischen Rollen muß sie wählen. Will sie den Kampf gegen das politisch maskierte Verbrechertum der NSDAP aufnehmen, so wird sie sich auf die Arbeiterschaft stützen können — vorausgesetzt, daß sie ihre Rechte achtet und für den notwendigen Lebensunterhalt sorgt. Das Problem der Versorgung der notleidenden Volksmassen ist dringender als noch nie. Es muß gelöst werden.

Die demokratisch und sozialistisch gesinnten Arbeitern sind bereit, jeder Regierung zu helfen, die ernstlich gegen das politisch maskierte Verbrechertum kämpfen will. Aber sie können sich nicht auf die Regierung, sondern nur auf sich selber verlassen. Sie müssen — unter entschiedener Ablehnung aller kommunistischen Forderungen, die in der lockenden Maske sogenannter „Einheitsfronten“ auftreten — fester denn je zusammenstehen und zum Einsatz aller Kräfte bereit sein!

und dessen Berater, dem Staatssekretär Meißner, der immer mehr nach rechts gerät, durchgeht, daß der Mann, der die Sturmtruppen der Nationalsozialisten aufgelöst hat, oder dem Wunsche, auch das Reichsbanner aufzulösen, nicht Rechnung getragen hat, als Reichswehrminister gehen muß. Freilich behält Groener weiter das wichtige Ressort des Innern. Seine Entfernung aus diesem Ministerium hätte zweifellos auch zum Sturz der Regierung Brüning geführt, worauf es aber Hindenburg nicht ankommen lassen will.

Immer mehr zeigen so die Ereignisse in Deutschland die Stärke der sozialistischen Reaktion und beweisen, daß die Regierung Brüning nicht alles verhindern kann, was die Militärskamarilla und die Umgebung des Reichspräsidenten anstrebt. Man kann also der deutschen Entwicklung nur mit Sorge entgegensehen.

Oesterreich fordert Hilfe.

Dringende Note an den Völkerverbund.

Wien, 13. Mai. Bundeskanzler Dr. Buresch empfing heute nachmittags die Gesandten der vier Großmächte und teilte ihnen den Inhalt des Schreibens der österreichischen Bundesregierung vom 9. Mai an den Generalsekretär des Völkerverbundes mit.

In dem Schreiben wird erklärt, die Lage Oesterreichs mache es unmöglich, weitere Monate unbüchtlig verstreichen zu lassen. Die Regierung beabsichtige daher, in nächster Zeit sich an die Donausaaten und andere Staaten mit konkreten Vorschlägen für handelspolitische Verhandlungen im Sinne der beabsichtigten Aktion der Großmächte zu wenden. Die Devisenlage dränge zu neuen Entscheidungen. Die Einstellung der Devisenzuteilung für den Dienst der Auslandsschulden konnte für das Ansehen Oesterreichs sehr nachteilig sein, wenn nicht maßgebende Stellen, insbesondere der Völkerverbund, solche Maßnahmen als gerechtfertigt anerkennen. Auch der andere Weg, die Devisen-

bestände einfach aufzubrauchen, sei äußerst bedenklich, da die Devisenbestände der Nationalbank zu einem bedeutenden Teil aus kurzfristigen Krediten der Bank von England und der BIZ beständen.

Das Schreiben schließt mit der Erwartung, daß der Völkerverbund und sein Finanzkomitee Oesterreich seinen Rat in einer so ernstlichen Stunde nicht versagen werde. Die Regierung erwartet daher, daß das Finanzkomitee so rasch als möglich zusammentreten wird.

Weiß klagt Goebbels.

Berlin, 13. Mai. Der Polizeipräsident teilt mit: Während der gestrigen Reichstags-Sitzung äußerte der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels: „Da kommt das jüdische Schwein, der Weiß, hier herein und provoziert uns durch seine Anwesenheit!“

Wegen dieser beleidigenden Äußerung, für die sich Reichstagsabgeordnete verschiedener Parteien als Zeugen zur Verfügung gestellt haben, hat der Polizeipräsident Strafantrag gegen Dr. Goebbels gestellt.

Proletarische Pfingsttagungen.

Zu den Pfingstfeiertagen halten diesmal drei uns befreundete proletarische Organisationen Verbandstage ab.

Die größte dieser Kundgebungen wird der Verbandstag des Arbeiterturn- und Sportverbandes sein, der heute in Aufzug mit seinen Beratungen beginnt. Der Verband ist unsere größte Kulturorganisation, und hat im letzten Jahrzehnt ein bedeutendes Wachstum erfahren. Der Bund hat insbesondere der Arbeiterjugend ihren Körper zu stellen hat dem Verband zahlreiche Anhänger zugeführt. Der Mitgliederstand des Verbandes belief sich am 31. Dezember 1931 auf 34.000, wovon 26.000 Männer und 8000 Frauen sind. Dazu kommen noch die Kinderabteilungen, deren Entwicklung gleichfalls ein erfreuliches Bild bietet und in denen bald an 20.000 Buben und Mädchen vereinigt sind. Der Verband ist eine durchaus proletarische Organisation, nicht weniger als 89 Prozent seiner Mitglieder sind Arbeiter. Von der regen Mitarbeit der Mitglieder zeigt, daß der Prozentsatz der aktiven Mitglieder immer mehr steigt. Welch intensives Leben den Verband erfüllt, dafür ist ein Beweis, daß seit dem letzten Verbandstage im Jahre 1928 für die Schulung der Mitglieder 139 Kurse abgehalten wurden. Die berufsmäßigen Zähler, die Kommunisten, haben zwar versucht, auch diesen Verband zu zerreißten, aber es ist ihnen nicht gelungen und das schmale Terrain, das im Kampfe gegen den Verband von den Kommunisten erobert wurde, ist zum großen Teil wiedergewonnen. Was der Verband zu leisten imstande ist, hat die proletarische Öffentlichkeit dieses Landes auf dem Verbandsturnfest in Aussia und die Internationale auf der zweiten Arbeiterolympiade in Wien gesehen. Wir sind alle stolz darauf, daß der Verband eine so prächtige Generation heranzieht, deren sportgewohnten Körper und deren sicheres Schreiten unsere Bewunderung erregen. Die Arbeit des Verbandes ist umso höher einzuschätzen, als er seine Mitglieder nicht nur zu Turnern und Sportlern, sondern auch zu Sozialisten erzieht, daß er das Ideal des klassischen Antikums, die gleichmäßige Ausbildung von Körper und Geist, zu erfüllen erstrebt. Es ist zweifellos, daß der Verbandstag in Aufzug der Entwicklung des Verbandes, der heute einer der Felsen ist, auf dem die deutsche Arbeiterbewegung dieses Landes ruht, neuen Antrieb geben wird.

Während in Aussia die Turner berufen, versammeln sich in Bodenbach unsere Kleinbauern. Diese Pioniere der arbeitenden Klasse auf dem Lande haben in den letzten Jahren ganz Außerordentliches geleistet. Die Zahl der Ortsgruppen ist in den zwei Jahren, über die der zum Verbandstag herausgegebene Bericht orientiert, von 300 auf 344 gestiegen. Der Verband hat nicht nur den schweren Stürmen der Wirtschaftskrise standgehalten, sondern er hat noch eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Gerade in dieser schweren Zeit hat er insbesondere seinen Segnern den Beweis erbracht, daß er kein totgeborenes Kind sei, wie die Agrarier nunmehr seit zehn Jahren predigen, sondern daß er lebens- und entwicklungsfähig ist. Der Bericht des Verbandes bietet das Bild einer überaus vielfältigen und ausgebreiteten Tätigkeit, die sich nicht nur auf politische Aktionen erstreckt, sondern auch auf das Gebiet der Warenvermittlung, der Versicherung, der gemeinsamen Maschinen- und Gerätebenutzung hinübergreift. Dazu tritt eine rege Versammlungstätigkeit, intensive Steuerberatung und Erteilung von Rechtsauskünften. Für den Sozialismus sehr verdienstvolle Arbeit hat der Verband bei den Gemeindevahlen in den Landgemeinden geleistet, er hat tapfer den Kampf um die Reformierung der Landeskulturräte und die Demokratisierung aller landwirtschaftlichen Interessengruppen geführt. „Wir müssen uns“ so

Um den Präsidentenmörder.

Sowjetföldat? Weisgardist? Sowjetkommissar?

Paris, 13. Mai. Die Meldungen, daß der Präsidentenattentäter Gorgulow in der Sowjetarmee diente sowie daß sein Name nur ein angenommener sei, mehrten sich von Tag zu Tag. Ein russischer Flüchtling in Tunis erklärte, er erkenne in Gorgulow einen gewissen Komalow, mit dem er in der Sowjetarmee diente. Dieser Komalow habe sich der Dokumente seines Bruders bemächtigt. Der Untersuchungsrichter hat einen Emigranten aus Havre, der ähnliches behauptet, für Samstag nach Paris berufen, um ihn mit Gorgulow zu konfrontieren.

Die „Matin“ heute meldet, sollen die Nachforschungen in Prag ergeben, daß Gorgulow ein Sowjetagent war. Das Blatt betont, daß Gorgulow mit einem Sowjetpaar in die Tschechoslowakei kam und behauptete, er habe in der weißen Armee gekämpft. Gleichzeitig verzeichnet das Blatt eine Prager Meldung der „Daily Mail“, derzufolge Gorgulow ein ehemaliger Sowjetkommissar der politischen Sowjetpolizei war.

lagt der Bericht sehr schön, „gerade in dieser schweren Wirtschaftsnote beivuhst sein, daß wir mit unserer Berufsorganisation unseren Teil an dem Umbau dieser Welt, an der Befreiung der arbeitenden Menschen vom Kapitalismus beizutragen haben, wenn wir ihnen eine bessere Zukunft errichten wollen.“ Aus dieser klaren Stellungnahme erhebt man, daß der Verband ebenso wie er zähe für die wirtschaftlichen Augenblicksinteressen seiner Mitglieder eintritt, die großen Gesichtspunkte des Kampfes für den Sozialismus niemals außer Acht gelassen hat. Dieser Geist wird auch die Verhandlungen des Verbandstages erfüllen und den Verband der deutschen Kleinbauern und Häusler einer weiteren gedeihlichen Entwicklung entgegenführen.

Schließlich tritt in den Feiertagen auch noch der Verbandstag der Buchdrucker Böhmens zusammen. Dieser Tagung kommt ein besonders festlicher Charakter deswegen zu, weil es gerade 70 Jahre her sind, seitdem ein kleiner Kreis Prager Buchdrucker — damals noch unter dem Protektorat eines Buchdruckerleiters — den Verein „Typografie“ begründet hat, aus dem dann die große Organisation der „Typografická Sebeba“ hervorgegangen ist. Die Stellung, die sich die Buchdrucker ihren Unternehmern gegenüber erkämpft haben, ist zum großen Teil das Werk dieser Organisation, die schon Ende der achtziger Jahre einen Tarif für ganz Böhmen durchgesetzt hat, die an der Wende von 1913-1914 mit ganzer Kraft die neunwöchige Absperrung der Buchdrucker durchgehalten hat und der es gelungen ist, in den Jahren 1924 und 1930 Revisionen des Lohntarifes durchzusetzen, in denen den Buchdruckern die meisten Ertragsüberschüsse der Nachkriegszeit gewährt werden konnten.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei und alle ihre Vertrauensmänner gründen die uns befreundeten Delegierten aller dieser drei Tagungen und wünschen, daß im Interesse des gesamten Proletariats zu Pfingsten in Auffig, Bodenbach und Prag fruchtbare Arbeit geleistet werden möge.

Ein kommunistischer Lügenrekord.

Udrzal als Eideshelfer der Kommunisten gegen Dr. Czech!

Den Bemühungen der Sozialdemokraten ist es nach harten Auseinandersetzungen gelungen, die Einführung einer Krisenabgabe durchzuführen, durch die ausschließlich die Arbeitgeber zugunsten der Arbeitslosen für die Besteuerung werden. Diese Krisenabgabe verwickelt nicht den Rotfonds, den die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie gefordert haben, der Kampf um diese Forderung geht weiter. Aber sie schafft doch Mittel für die Arbeitslosenfürsorge, und zwar ausschließlich auf Kosten der Unternehmer, die bisher in unserem Lande für diese Zwecke nichts beigetragen haben. Das ist in einer Zeit, in der in aller Welt die Arbeitslosenfürsorge aufgebaut wird, unbestreitbar ein großer Erfolg der Sozialdemokratie und es ist daher begreiflich, daß die Kommunisten darüber aus dem Häuschen geraten sind.

In tödlicher Verlegenheit suchten sie bei dem agrarischen Ministerpräsidenten Hilfe. Sie ent sandten eine Deputation der roten Gewerkschaften zu ihm und veröffentlichten im „Rude Právo“ vom 13. Mai über diese revolutionäre Aktion folgenden Bericht:

„Udrzal bestätigt, daß die Regierungsvorlage, die vom Ministerium für soziale Fürsorge unter Leitung des Sozialdemokraten Dr. Czech ausgearbeitet wurde, den beschäftigten Arbeitern Lohnabzüge zugunsten des Rotfonds auferlegt, Udrzal erklärte aber gleichzeitig, daß er persönlich dagegen ist, daß die Arbeiter zum Fonds beitragen.“

So dumme haben selbst die Kommunisten noch nie gelogen! Die ganze Welt weiß, daß die Sozialdemokratie den Kampf um die Krisenabgabe vor allem von dem Gesichtspunkte aus führt, daß die Arbeiter durch den Gewerkschaftsbeitrag und der Staat durch den Staatsbeitrag und andere Aufwendungen zur Arbeitslosenfürsorge beisteuert und daß dabei endlich auch die Unternehmer zu entsprechenden Leistungen herangezogen werden müssen. Schon daran kann man erkennen, wie weit der Bericht des „Rude Právo“ von der Wahrheit entfernt ist.

Natürlich ist es ausgeschlossen, daß der Ministerpräsident eine derartige Erklärung abgegeben hat, denn er kann doch nicht etwas behaupten, was durch den Wortlaut des vom Ministerium für soziale Fürsorge

ausgearbeiteten Entwurfes, der ja im Ministerialpräsidium erliegt, glatt widerlegt wird.

Ob Herr Udrzal persönlich für oder gegen die Beitragsleistung der Arbeiter ist, wissen wir nicht, da wir über die internen Vorgänge bei den Agrariern nicht so gut informiert sind, wie die Polizei über die geheimsten Beratungen der Kommunisten, beweisbare Tatsache ist aber, daß die agrarische Partei diese Beitragsleistung in aller Form verlangt hat. Der „Venkov“ hat am 26. Februar 1932 berichtet, daß Abg. Dubicki in der Beratung des sozialpolitischen Koalitionsausschusses die Änderungsanträge der republikanischen Partei — also nicht etwa seine persönlichen Wünsche — vorgetragen hat und daraus ersehen wir, daß Herr Dubicki vor allem beantragt hat,

„daß der Beitrag vom Lohn dessen Höhe noch nicht festgesetzt ist, sich nicht auf die land- und forstwirtschaftliche Produktion bezieht, daß die Hälfte des Beitrages der Arbeitgeber und die Hälfte der Arbeitnehmer trägt.“

Die Kommunisten haben sich da in eine böse Falle verstrickt! Was nützt es ihnen, daß sie sich um die Schützenhilfe des Herrn Udrzal bemühen, wenn ihnen Herr Dubicki in den Rücken fällt? Denn er hätte doch die Beitragsleistung der Arbeiter nicht in einem Änderungsantrage verlangen können, wenn sie der Entwurf des Ministeriums für soziale Fürsorge bereits vorgelegen hätte.

Voraus sich also vollkommen klar ergibt, daß das Ministerium für soziale Fürsorge keine Vorlage nur auf die Belastung der Arbeitgeber aufgebaut hat, daß die Agrarier die Belastung der Arbeiter verlangen und daß die Sozialdemokratie diese Forderung abgelehnt hat.

Aber die Widerlegung der kommunistischen Lüge, der ja von vornherein nicht die geringste Glaubwürdigkeit innewohnt, ist noch nicht einmal so interessant, wie die Feststellung, daß die Kommunisten in ihrer revolutionären Entwicklung bereits beim niedrigsten und verlogenenst Sinterstufenklassisch angelangt sind. Ueber solche Methoden kann man sich nicht einmal mehr entrüsten, sondern nur Betrachtung und Ekel empfinden.

Spirituseinigung perfekt.

Prag, 13. Mai. Gestern war es spät nachts doch noch innerhalb des Koalitionsausschusses zu einer prinzipiellen Einigung über die Spiritusvorlagen gekommen, so daß der landwirtschaftliche Ausschuss noch für heute nachmittags kurzgehand emberufen wurde, um die Abstimmung über die Änderungsanträge vorzunehmen. Am Vormittag wurde im Finanzministerium im Beisein des Referenten mit der endgültigen Redigierung der Vorlage begonnen; da ganze Teile völlig ungearbeitet sind, dauerte es bis gegen 5 Uhr nachmittags, bis der Ausschuss auch nur den ersten Teil der Änderungsanträge in den Händen hatte. Man begnügte sich also mit der Abstimmung über die ersten fünf Artikel der Spiritusvorlage und der Verlesung der weiteren Änderungsanträge und beendete dann die Sitzung. Die restlichen Artikel werden Dienstag früh verabschiedet werden.

Ueber die wesentlichen Änderungen ist bis jetzt folgendes bekannt:

Artikel I setzt die Produktions- wie die Verbrauchssteuer von Spiritus mit 20 Kronen pro Hektolitergrad Alkohol wie bisher fest. Aus dem Artikel II verschwindet das bisherige Verkaufs- für die Obst-Äthylow-Brennereien. Auch hier wird die Besteuerung nach der tatsächlich produzierten Menge, wie sie die Kontrollapparate anzeigen, vorgenommen; nur vorübergehend kann das Finanzministerium Ausnahmen zulassen. Den sonstigen (gewerblichen) Produktionsbrennereien wird eine zehnprozentige Ermäßigung der Produktionssteuer zugesprochen.

Artikel III erhöht die Kontrollgebühren für steuerfreien Spiritus, der zur Mischung mit Benzin bestimmt ist, von 30 auf 40 Heller pro Liter. Da das neue Brennstoßgesetz aus 80 Prozent Benzin und 20 Prozent Spiritus bestehen soll, ergibt sich aus der Kontrollgebühr eine Belastung von 8 Hellern pro Liter des Gemisches. Dagegen entfällt die in Aussicht genommene besondere Besteuerung des Rübenspiritus von 20 Kronen pro Hektoliter.

Neue landwirtschaftliche Bren-

nerzien können nur mit Bewilligung des Finanzministeriums errichtet werden, in Kartoffelgebieten mit Einwilligung des Landwirtschaftsministeriums. In wirtschaftlich begründeten Fällen kann diese Bewilligung auch für die Verarbeitung von Rüben oder Kartoffeln außerhalb des Kartoffelgebietes erteilt werden; neue industrielle Brennereien sollen nur für die Verarbeitung von Rüben bewilligt werden.

Das neue Spirituskontingent dürfte 1.035.000 Hektoliter betragen (bisher 550.000). Die Erhöhung ist auf Konto der Beimischung zu den Betriebsstoffen zurückzuführen. Von dem Kontingent werden 35.000 Hektoliter für eine staatliche Brennerei in der Slowakei vorweggenommen, weitere 10.000 Hektoliter sind für die neuen Mitglieder der Genossenschaftsbrennereien bestimmt, ein weiterer Anteil von 25 Prozent (höchstens 25.000 Hektoliter) für die bis 1. April 1932 neu entstandenen Genossenschaftsbrennereien. Auf diese Weise wird den Wünschen der Tschechoslowaken zum Teil Rechnung getragen, indem ihnen etwa sechs neue Brennereien bewilligt und der Beitritt neuer Mitglieder in die bestehenden Genossenschaftsbrennereien unter gewissen Kautelen zugelassen wird. Gegen die Nichtaufnahme steht ein Refusrecht an das Finanzministerium zu. Der Rest des Kontingents wird wie bisher im Verhältnis 73:27 auf die landwirtschaftlichen und industriellen Brennereien aufgeteilt.

Der Vertrag mit der Spiritusverwertungsgesellschaft soll auf vier Jahre statt auf zehn abgeschlossen werden; gleichzeitig wird die Gesellschaft durch Vertreter der Konsumenten erweitert werden.

Der Preis der Brennstoffmischung wird mit 260 K fixiert werden, wobei allerdings die heutige Benzinspreise als Grundlage genommen sind.

Die Denaturierung des Spiritus zu Brennstoffen wird künftig mit karpatenrussischem Metylalkohol erfolgen, wodurch dieser einzigen karpatenrussischen Industrie ein hinreichender Absatz gesichert ist.

Betriebsstilllegung in der Glasindustrie.

Teplic-Schönau, 13. Mai. Die Firma Mühligen, eines der größten Glasunternehmen unseres Staates, hat den Betriebsausschuss des Hostomitzer Betriebes verständigt, daß die Anlage II, d. i. der Tafelglasbetrieb, am Freitag, den 13. d. M. gelöst wird und die Arbeiter sich nach Abvolkung des Urlaubes als entlassen zu betrachten haben. Damit wird der gesamte Tafelglasbetrieb in Hostomitz, der im Laufe der letzten Monate schon reduziert worden ist, eingestellt. Zugleich hat die Betriebsleitung bekannt gegeben, daß Ende Juli auch der Flaschenbetrieb in Hostomitz eingestellt wird. Das würde also die vollständige Stilllegung des Hostomitzer Werkes bedeuten, in dem trotz starker Reduzierung des Betriebsstandes noch immer 400 Arbeiter beschäftigt sind. Die Firma Mühligen-Union hat gleichzeitig auch in ihren Betrieben in Zettitz und Auffig Einschränkungen der Erzeugung angeordnet und verfügt, daß von nun an die Tafelglaserzeugung im Zettitzer Betrieb und die Flaschenerzeugung im Auffiger Betrieb konzentriert wird. Für die Umgehung von Bilin bedeutet diese Stilllegung des Hostomitzer Werkes einen verhängnisvollen Schlag. Die Steuerkraft der Gemeinde Hostomitz beruht zum größten Teil auf den Steuerleistungen des Mühligen-Betriebes. Hunderte Glasarbeiter werden für längere Zeit das ohnedies schon große Heer der Arbeitslosen im Bliner Bezirk vermehren, Handel und Gewerbe, die in diesen Berg- und Glasarbeiterdörfern fast ausschließlich auf die Kundschaft aus Arbeiterkreisen angewiesen sind, einen empfindlichen Schaden erleiden.

Der Betriebsausschuss des Hostomitzer Werkes hat heute nachmittags mit der Firma wegen Zurücknahme dieser Maßnahmen beraten.

Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brück.

„150 Mark für Anfang“, fährt er fort und schwingt sein Stöckchen. „Leitende Stellung, interessante Arbeit, nicht allzuviel zu tun. Was wollen Sie mehr? Es ist wahrscheinlich, daß ich im nächsten Jahr auch noch die Wfa bekomme. Der Posten einer Disponentin bei der Wfa mit vier- bis fünfshundert Mark Gehalt würde Ihnen doch auch ganz gut stehen, wie?“

Weiß Gott, ich erkenne ihn wieder. So jung er schon damals die Menschen ein.

„Sie müssen sich über ein klar sein, Fräulein Brückner: Piepenbrock & Coerlein sind in einem halben Jahr pleite. Wieviel Pleiten wir außerdem noch erleben, das wage ich gar nicht zu überdenken. Der große Rückschlag der Inflation kommt ja doch erst. Gehen Sie sparsamer morgen zum Arbeitsnachweis, tun Sie mir den Gefallen, und erkundigen Sie sich nach den Anstellungsaussichten für die nächsten fünf Jahre. Und dann fragen Sie gleich, ob man Ihnen rat, in die Filmbranche einzutreten. Meinem Rat, ich wüßte nicht, was ich rat, als ich mit den Filmleuten anbandelte? Das einzige Geschäft heute, sage ich Ihnen, die einzige Möglichkeit, wirklich noch zu verdienen. Aus Kino kennen die Leute, und wenn sie sich nicht mehr die Margarine aufs Brot leisten können.“

„Er ist gefährlich, er bedient sich des wirklichen Mittels, um mich zu fangen: der traurigsten Wahrheit, die ich kenne.“

„Wenn ich ehrlich sein darf, Herr Lichte, die Branche ist mir nicht unpassierbar.“

„Mir auch nicht, wir ganz und gar nicht. Fräulein Brückner, machen wir uns doch nichts vor. Wie habe ich mich umstellen müssen. Oberleutnant gewesen im Heide, Adjutant beim Stabs, C. R. I und II.“

Das ist glatt gelogen. Er prahlte schon früher entsetzlich. Ich schwankte in dem Entschluß, wenigstens für die kritischste Zeit bis zur Klärung der Wirtschaftslage einen Versuch bei ihm zu wagen.

„Sind Sie sich darüber klar“, fängt er wieder an, „was Sie — nennen wir's mal beim richtigen Namen — als Tippmädchen zu erwarten haben? Es ist ein Unterstich, ob man sich elendig durchwürgt mit hundert Mark oder ob man jeden Monat eine nette Summe zurückerlegen kann, anständig wohnt, sich anständig kleidet. Sie können sicher sein, die Antipathie gegen die Kunst legt sich, wenn man jedes Jahr eine schöne Kette macht und sich nicht mehr um die Zukunft zu sorgen braucht. Als erfahrene Disponentin finden Sie mit 50 Jahren noch eine Stellung. Sie sind ja auch gar nicht gebunden, Fräulein Brückner. Sie bekommen zunächst mal eine Berufsausbildung, nicht nur gratis und franks, sondern gegen ein üppiges Gehalt. Sind Sie nicht mehr zufrieden mit mir, können Sie jederzeit desertieren.“

Sein Lachen ist unangenehm. Ich habe leichter eine Abneigung gegen Menschen gehabt, die nicht frei heraus lachen können.

Was tue ich nur? Es ist ja keineswegs erwiesen, daß die Kostenbücher nicht stimmen, damals. Wahrscheinlich ging es ihm schlecht im Anfang. In dieser Hinsicht werde ich kaum noch zu fürchten haben. Nur werde ich nicht auf Rosen gebettet sein. Er lägt, und ich hoffe die Lüge. Aber wohin, wohin in dieser bösen Zeit? Immer enger freist er mich ein.

„Ich habe vor zwei Tagen inferiert. Wollen Sie die zweihundert Bewerbungen sehen, die bei mir zu Hause liegen? Für fünfzig, sechzig Mark Gehalt bieten alte, berufserfahrene Arbeitskräfte sich an.“

„Ich gebe Ihnen morgen telephonisch Bescheid.“

„Ganz wie Sie wollen. Aber vielleicht ist

es morgen schon zu spät. Ich warne Sie, Fräulein Brückner. Sie verpassen die ungeheure Chance, die sich Ihnen bietet. Sehen Sie mich an, wie ich hier vor Ihnen stehe. Beantworten Sie sich im Stillen die Frage, ob ich das Zeug dazu habe, etwas zu werden oder nicht. Als Generaldirektor eines Filmkonzerns würde ich eine verlässliche Sekretärin brauchen.“

„Sie haben Phantasie, Herr Lichte!“

„Ja oder nein?“

„Ich rufe Sie in zwei Stunden an.“

Fräulein Brückner, Sie sind im Begriff, durchs Examen zu fallen. Was ich brauche, ist ein Mensch von schneller Entschlußkraft. Ich werde viel auf Reizen sein und Ihnen manche Entscheidung überlassen müssen. Zögern stärkt den Gegner. Allzu angfliche Bedenken sind der Tod aller guten Entschlüsse.“

„Doch, ja“, sage ich, und mir ist bang, „Sie werden es noch weit bringen, Herr Lichte. Wann soll ich eintreten?“

So ungelebt, so vor Entsetzen bewußlos, so versteinert in Verzweiflung also ist jene Zeit gewesen, daß ich mich kaum noch entsinne, vier Wochen lang Tag für Tag in diesem Mietshaus ein- und ausgegangen zu sein.

Erst der Predem vieler Küchen, in denen mit schlechtem Fett gebraten, die Ausdünstung enger Wohnräume, wo Wäsche gewaschen und gleichzeitig getrocknet wird, der üble Hauch von den Drangbehältern im Hof, dieser Appell erst an die beleidigten Sinne weckt eine Art Erinnerung.

Ich habe schon einmal, bedrückt von unguäter Erwartung, in dieser finsternen Buchtung des Flures gestanden und nach dem Klingelknopf getastet. Die Glocke ist immer noch nicht in Ordnung gebracht. Aber nicht den schlürfenden Schritten der alten Frau Lichte ruft sie herbei, sondern einen leichten und eisigen. Heiligkeit einer elektrischen Lampe strahlt auf. Die Tür wird

geöffnet und ich sehe angenehm berührt in das gutmütige und freundliche Gesicht eines Mädchens.

Die Eifersucht, mit der sie mir aus dem Mantel hilft, meinen Hut über einen Haken stülpt, die Tür vor mir aufstößt und mir den Porträt läßt, alles mit breitem, freundlichem Lachen, beweist: sie ist im Wilde.

Es ist immer noch dieselbe gute Stube kleiner Leute mit roter Plüschgarnitur und dem Trompeter von Säckingen über gehäkelten Sofa- decken.

Die Tür zum Nebenraum, ehemals Lichtes Schlafkammer, eisenstürrig, nicht breiter als eine Kammer, die allenfalls zur Aufnahme von Bett und Wäschschiff genügt, steht offen. Ich weiß jetzt, was ich von der Erweiterung des Büros zu halten habe.

Die Luft ist blau von Zigarettenrauch. Ich muß mich blinzeln erst gewöhnen.

Ein junger Burche, strohhaarig, noch fast ein Kind, will es mir scheinen, schielst über eine Ritze, deren Umhüllung er zu läsen versucht neugierig auf. Das Mädchen macht ihm energisch ein Zeichen, sich anzurichten, und schon steht er, mit weißen Zähnen lachend, den Bindfaden umschlingend an der Hand und macht eine nette jugendhafte Verbeugung.

„Das ist mein Bruder“, sagt das Mädchen, und Stolz liegt in der Art wie sie es sagt.

Lichte kommt aus dem Nebenraum. Er berührt mich lärmend. Deutlich zeigt sich sein Mangel an Natürlichkeit. Was er zustande bringt, ist eine Grimasse gönnerhafter Herablassung. Vielleicht, wenn sein Charakter diese Deutung zuläßt, ist auch ein wenig Verlegenheit dabei, denn ich sehe mich um.

Um 10 Uhr muß Lichte dringend fort. Er will zum Wohnungsamt wegen eines neuen Büros.

(Fortsetzung folgt.)

Reichskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertreter.

Freitag, den 20. Mai 1932, findet über Beschluß der Reichs-Beratungsstelle für Gemeindeangelegenheiten im Einvernehmen mit dem Parteivorstand eine

Reichskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Böhmen-Leipa statt.

Beginn der Konferenz halb 3 Uhr nachmittags.

Ort: Saal des Hotel „Merkur“.

Tagesordnung:

1. Die Notlage der Selbstverwaltungskörper. Referent Genosse L. Böhl, Ruffig.
2. Berichte:
 - a) Der Vertreter der Partei im Vorstande des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper. Referent Genosse Heinrich Herget, Teplitz.
 - b) Ueber die Tätigkeit der Beratungsstelle für Gemeindeangelegenheiten. Referent Genosse Bruno Grund, Bodenbach.
3. Anträge und Anfragen.

An alle Kreis- und Bezirksorganisationen sind eigene Einladungen durch das Parteisekretariat in Prag versendet worden. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, für einen zahlreichen Besuch dieser wichtigen Konferenz Sorge zu tragen.

Die Delegierten müssen mit ordnungsgemäß gefertigten Mandaten versehen sein.

Wegen Beschaffung einer Wohnung wollen sich die Genossen an das Parteisekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Böhmen-Leipa, Töpfergasse 33, wenden.

Siegfried Laub. Leopold Böhl.

Schlimme Erfahrungen mit Bauparlaffen.

In Deutschland und Oesterreich widmet man den in der letzten Zeit üppig in die Höhe schleichenden Bauparlaffen antilichereis höheres Augenmerk, da man mit Recht gewisse Befürchtungen hegt. Das Reichsaufsichtsamt Deutschlands hatte in letzter Zeit eine größere Anzahl von Bauparlaffen an Ort und Stelle geprüft. In fünf Fällen hat der Senat entschieden, daß Antrag auf Eröffnung des Konkurses zu stellen ist. In sechs Fällen hat man die Betriebsunterlegung ausgesprochen, bei drei Bauparlaffen hat man gleichzeitig die Einsetzung eines Vermögensverwalters angeordnet. In drei Fällen hat der Senat die Frage entschieden, ob der Geschäftsbetrieb bis zum 30. September 1931 begonnen, die Bauparlaffe also berechtigt ist, bis zur Entscheidung über den ihr gestellten Antrag auf Erlaubnis den Geschäftsbetrieb fortzusetzen. Die Frage ist in zwei Fällen bejaht, in einem Falle verneint worden. Die gehegten Befürchtungen über die Geschäftsführung und Leistungen der Bauparlaffen haben sich also bestätigt.

In Oesterreich versucht man die Bauparlaffen gesetzlich zu regeln. Es wurde am 5. Jänner 1932 im Nationalrat ein provisorisches Bauparlaffengesetz beschlossen, das mit Ende des Kalenderjahres seine Gültigkeit verliert.

Das genannte Gesetz versteht unter Bauparlaffengesetz das Sammeln eines Vermögens durch Leistungen mehrerer Kollektivspareer zu dem Zwecke, den einzelnen Sparern hieraus nach einem Geschäftsplane Darlehen zur Beschaffung oder Verbesserung von Wohnungen oder Siedlungen oder zur Ablösung hiezu eingegangener Verpflichtungen zu gewahren. Während der Geltungsdauer des provisorischen Gesetzes dürfen in Oesterreich keine neuen Bauparlaffen gegründet werden, bestehende Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften dürfen ihre Tätigkeit nicht auf das Bauparlaffengesetz ausdehnen. Warengeschäft und Bauparlaffengesetz werden für inkompatibel erklärt; seit 1. April d. J. an dürfen neben dem Bauparlaffengesetz keine Warengeschäfte betrieben werden, wie sie etwa in den Wirkungsbereich von Rohstoff-, Produktiv-, Konsum- oder Wohnungsgenossenschaften fallen.

Man will die heuer gemachten Erfahrungen (bei scharfen Kontrollen) abwarten, ehe man ein definitives Gesetz beschließt. Auch in der Tschechoslowakei wäre eine gesetzliche Regelung der Bauparlaffen wie sie der Entwurf des Wohnungsgesetzes vorsieht, dringend geboten.

An unsere Kolporteurs und Abonnenten!

Anlässlich der Pfingstleiertage wird auf Vertrag im Buchdruckergewerbe am Pfingstmontag nicht gearbeitet. Es enthält daher unsere Dienstagausgabe und erscheint unser Blatt erst am Mittwoch, den 18. Mai zur gewohnten Stunde.

Die Verwaltung.

Antoš — fünfzehn Monate schweren Kerkers.

Verurteilung nur in zwei Fällen. — Wichtigkeitsbeschwerden.

Prag, 13. Mai. Nach einigen Protokollverlesungen erklärte der Vorsitzende das Verfahren für geschlossen und der Gerichtshof zog sich zur Beratung der Schuldfragen zurück. Den Geschworenen werden insgesamt

Lehrgang Schulfragen

die einzelnen Fälle betreffend vorgelegt. Dazu kommen zwei Zusatzfragen: ob der Angeklagte „besondere Arglist angewendet habe“ und ob ein „beträchtlicher Schaden“ erwachsen sei. Denn diese Tatbestandsmerkmale enthält das Gesetz als Verschärfungstatbestände.

Die Widerwehr.

Staatsanwalt Dr. Cefal begründete in etwa zweistündiger Rede die Ausführungen der Anklage, wobei er sich insbesondere auf die Sachverständigenurteile und die Indizienbeweise berief. Er hat die Geschworenen, alle Schuldfragen zu bejahen.

Der Vertreter der Finanzprokurator vertrat sich gegen verschiedene Aggressivitäten seitens des Angeklagten, die er namens der von ihm vertretenen Behörde aufs schärfste zurückwies. Er schließt sich dem Strafverfahren namens des Steueramts mit einem Betrage von anderthalb Millionen an, zuzüglich 5 Prozent Zinsen vom 13. Mai 1929 an.

Dann erhielt das Wort der Angeklagte, der erklärte, nur einige wenige Worte vorbringen zu wollen und im Meritum der Sache keinen Verteidiger für sich reden zu lassen.

Antoš — der Menschenfreund mit dem reinen Beamtenbewusstsein!

Er macht die Sache nicht ungeheißt, indem er von „Steuerungserschleichen“ beginnt. Viele Steuerungserschleichen habe er so weit als möglich beseitigt. (Wobei freilich unerklärt bleibt, daß die faherlässig begünstigten Steuerzahler durchwegs Millionäre waren.) Nach verschiedenen Polemiken mit einzelnen Zeugnisaussagen erklärt er, sein Gewissen als Staatsbeamter sei rein. Es macht ihm nichts aus, seine ehemalige Freundin Pavlovskya in zweifelhaftes Licht zu setzen. „Nur die Pavlovskya sei ein dunkler Fleck in seiner Vergangenheit“ — sonst habe er sich nichts vorzuwerfen.

Die nach längerer Pause folgende Rede des Verteidigers Dr. Camill Köhler war unstrittig ein Meisterstück kultivierter advokatorischer Rhetorik. Das Schwergewicht seines Plädoyers liegt auf der Bestreitung der bewußten Unvorsätzlichkeit

seitens des Angeklagten. Er hat die Geschworenen, dem Angeklagten den guten Willen zuzuerkennen, alle Sachen nach dem Standpunkt der Steuererschleichen zu regeln. Er berief sich auf die Ueberlassung der Referenten, die Schwerefalligkeit des Verfahrens unserer Finanzämter, die Tüchtigkeit seines Klienten usw., kurz Antoš verwandelte sich Fall für Fall aus einem beschuldigten Mann zu dem Muster eines Beamten.

Nach der Verteidigungsrede, die zwei Stunden dauerte, folgte das verhältnismäßig kurze, aber gründliche Resümee des Vorsitzenden, worauf sich die Geschworenen zur Beratung zurückzogen, die bis gegen vier Uhr abends währte. Der Zuschauerraum hatte sich vor der Urteilsverkündung gefüllt.

Der Wahrspruch der Geschworenen lautete nur in zwei Fällen, n. jm. Metz und Finglar, bejahend mit dem gleichen Stimmenverhältnis 8:1.

Bei allen anderen Schuldfragen erfolgte Freispruch, wobei in den Fällen Dr. und Kostin nur eine Stimme zur Verurteilung fehlte. Einstimmig verneint wurde die Schuld in den Fällen Jitka und Sieber, sonst fanden drei bis vier verurteilende Stimmen einer freisprechenden Mehrheit gegenüber.

Die Zusatzfragen wurden mit neun Stimmen bejaht, so daß die Verurteilung des großen Schadens“ ausgesprochen, wogegen das belastende Tatbestandsmerkmal der „besonderen Arglist“ durch einen ausdrücklichen Zusatz ausgeschlossen wurde. Die Niedrigkeit und Unehrenhaftigkeit der Motive wurde gleichfalls mit neun Stimmen ausgesprochen.

Der Gerichtshof verurteilte auf Grund des Verdichtes den Angeklagten zu

Fünfzehn Monaten schweren Kerkers.

Verlust des Wahrspruches und Erlosch der Vertretungskosten der Finanzprokurator. Der Verteidiger meldete Wichtigkeitsbeschwerden an, der Staatsanwalt Wichtigkeitsbeschwerden gegen den freisprechenden Teil des Urteils und Berufung gegen das zu niedrige Strafmass.

Der Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten, der bereits dreizehn Monate in Untersuchungshaft verbracht hat, wurde vom Gerichtshof unter Hinweis auf den in Anbetracht der hohen Strafe begründeten Furchterdacht abgelehnt.

Die vier Hafentrenz-Rowdys vor den Schöffen.

Drei Monate Gefängnis. — Straffer freigesprochen.

Berlin, 13. Mai. Der Prozeß gegen die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Straffer, Heines, Stegmann und Weigel begann heute nachmittags vor dem Schnell-Schöffengericht. Die vier Abgeordneten wurden von der Polizei vorgeführt.

Heines gab als Vorstrafen fünf Jahre Gefängnis wegen Totschlages durch Urteil im Fememordprozeß in Sietzin, ein Jahr drei Monate Festung wegen Beihilfe zum Hochverrat und 14 Tage Gefängnis wegen Fortführung der verbotenen Organisation Kozbach an. Der Angeklagte Stegmann ist wegen Beamten-Mötigung und Widerstandes sowie wegen Körperverletzung, Weigel wegen Beleidigung, Widerstandes und verbotenen Waffenbesitzes verurteilt.

Gregor Straffer hat Vorstrafen wegen verschiedener politischer Pressedelikte. Während der Feststellung der Personalien war der überfallene Schriftsteller Dr. Klotz erschienen, der im Gesicht und Nacken große blutunterlaufene Stellen hat. Oberstaatsanwalt Köhler formulierte die Anklage gegen die vier Angeklagten auf gemeinschaftliche tätliche Beleidigung und Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge.

Bei der Vernehmung gab Abg. Heines unumwunden zu, daß er dem Nebenkläger eine Ohrfeige gegeben habe.

Ob auch andere geschlagen hätten, sei ihm nicht bekannt. Er habe sich im Erfrischungstraum eine Zigarre holen wollen, sah Dr. Klotz, den er aus dem Jahre 1923, als Klotz noch Angehöriger der NSDAP war, kannte und glaubte, eine Bemerkung gehört zu haben, von der er nur die Worte „... auch Schweine...“ verstand. Er sei ohnehin darüber empört gewesen, daß der Nebenkläger sich erlaube, in den Reichstag zu kommen und habe ihm gesagt:

„Du bist ja der Bursch, der die Proschüre gegen Noehm geschrieben hat“

und habe ihn ins Gesicht geschlagen. Der Abg. Stegmann will eine ähnliche Bemerkung gehört haben. Er sah, wie Heines dem Nebenkläger eine Ohrfeige gab und Dr. Klotz gegen Heines einen Stuhl warf.

worauf Stegmann dem Klotz gleichfalls eine Ohrfeige gab.

Der Angeklagte Weigel wurde, wie er behauptet, im Restaurant durch den von Dr. Klotz geworfenen Stuhl am Bein verletzt. Als er nun in den Wandelgang kam, begogerte ihm Dr. Klotz mit einigen anderen Leuten und er gab ihm ein paar Ohrfeigen.

Der Abg. Straffer erklärt, er habe Klotz

nicht berührt. Er wandte sich auch gegen die Behauptung, wonach er im Altestenrat gefaßt habe, es sei schade, daß Klotz nicht tot wäre. Das Mißverständnis sei wohl dadurch entstanden, daß der Vorsitzende Titmann erklärte, es sei ein Wunder, daß Klotz noch lebe, worauf er, Straffer, gefaßt habe.

er hätte nichts dagegen gehabt, wenn Herr Klotz vor der Abfassung seiner Proschüre gestorben wäre.

Das Urteil.

Nach fast siebenstündiger Verhandlung fällt das Schnell-Schöffengericht folgendes Urteil: Die Abgeordneten Heines, Stegmann und Weigel werden wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung in Tateinheit mit tätlicher Beleidigung zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Abg. Gregor Straffer wird freigesprochen.

In der Begründung des Urteils führte das Gericht aus, daß aus den Zeugnisaussagen eindeutig hervorgehe, daß Heines und Stegmann die ihnen zur Last gelegte Körperverletzung begangen haben, und zwar in Tateinheit mit tätlicher Beleidigung. Der Abg. Weigel hat die Beteiligung an dem zweiten Vorgang in der Wandelhalle selbst gestanden. Während der Umstände mußten den Angeklagten verfaßt werden, da sie genügend Gelegenheit hatten, dem Groll gegen Dr. Klotz auf legitimen Wege einen Ausweg zu verschaffen. Aber selbst, wenn man eine illegale Zuhne zugestehen wollte, gäbe es einen anderen Ort als gerade den Reichstag, der vielen Millionen ein geheiligter Boden ist. Er ist das Haus des deutschen Volkes und nicht das Haus der Nationalsozialisten, wo die mittelalterlichen Methoden des Faustrechts nicht hingehören. Bei dem Angeklagten Straffer mußte auf Freispruch erkannt werden, da nur eine körperliche Beleidigung, nicht aber eine Formbeleidigung zur Anklage stand.

Die Angeklagten wurden aus der Haft entlassen.

Wie Straffer verhaftet wurde.

Berlin, 13. Mai. Der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor Straffer, der nach Zeugnisaussagen an der gestrigen Schlägerei im Reichstagsgebäude beteiligt gewesen sein soll, wurde heute früh auf dem Anhalter Bahnhof, als er gerade im Begriffe war, abzureisen, von Beamten der politischen Polizei festgenommen und nach dem Polizeipräsidium geschafft.

Mit **BERSON** Gummiabsatz am Schuh ist kein Weg zu weit!

In allen feinsten Geschäften erhältlich. Bei uns Schusterfachgeschäft befindet. Dauerhafter als Leder.

Ein Sowjet-Schiff in Kapitalknechtschaft.

Oder: wie aus dem Paulus ein Saulus wurde.

Zu der so überschriebenen Notiz in unserer Nummer vom letzten Donnerstag erhalten wir vom Rechtsvertreter des Herrn Paul Schiff folgende Berichtigung aufgrund des § 19 des Preßgesetzes:

1. Es ist un wahr, daß Herr Paul Schiff aus der R. P. C. überhaupt und „hoch im Bogen“ insbesondere herausgefallen ist. Wahr ist, daß Herr Paul Schiff vollständig freiwillig und aus eigenem Antriebe aus der R. P. C. ausgetreten ist. 2. Es ist un wahr, daß Herr Paul Schiff als Journalist bei der Saazer Wolkpresse gelandet ist. Wahr ist, daß derselbe in keinem wie immer gearteten Zusammenhange mit der Saazer Wolkpresse steht und gelandet ist.

Wir zweifeln nicht daran, so schreiben wir lechthin, daß der Schiff sehr bald selber den letzten Zipfel des geheimnisvollen Schleiers lüften wird... — na und da haben wir's schon: indem der Schiff feststellt, er sei nicht hoch im Bogen aus der R. P. C. hinausgefallen und auch nicht bei der Wolkpresse gelandet (vielmehr sonst und schlicht dort selber ausgetreten), alle anderen Behauptungen unserer ersten Notiz aber nicht einmal mit dem Berichtigungsparagraphen abzuleugnen versucht, gibt er zu, daß er sich dem Kapitalismus in die Arme warf, daß er eine bürgerliche Wirtschaftskorrespondenz herausgibt (die jedenfalls so beschaffen ist, daß Wolf in Saaz mit Vergnügen draus schöpfen kann) und daß eben, was der hauptsächlichste Sinn unserer Feststellungen war, der Getreidehändlerohn aus Auffig, der ein paar Jahre lang familiäre Sozialdemokraten förmlich aufzuspießen versuchte, weil wir ihm zu wenig revolutionär waren, nach stürmischer Fahrt über das Meer von Blut und Tränen friedlich am Dreckselnde der Bourgeoisie gelandet ist. Bis zu den Ohren hat dieser Bursche den Mund aufgerissen über die sozialdemokratische Journalistik — und nun ist er ein Diener der bürgerlichen Journalistik geworden!

Als uns mitgeteilt wurde, daß Schiff, was er eben presserechtlich als un wahr hinstellt, aus der R. P. C. hinausgefallen sei, da hätten wir immerhin noch einen Funken menschlichen Mitleids mit ihm empfinden können; nun er aber mittelst, daß er freiwillig von der Sowjetrevolution zur Bürgerreaktion hinübergewechselt ist — es wäre erfreulich, wenn die R. P. C. selber sich zu diesem Falle äußerte — darf man ihn wohl nicht einmal mehr bemitleiden, sondern nur noch verachten — vorausgesetzt, daß uns daran nicht wieder der § 19 des Preßgesetzes hindern sollte...

Wie Arbeiter gegeneinander gehetzt werden.

Unter diesem Titel lesen wir in unserem Karlsbad-„Volkswille“: Von welcher moralischen Beschaffenheit die Leute sind, die bei den Kommunisten Unterschluß finden, läßt der Bericht erkennen, dem der kommunistische „Kämpfer“ über die sozialdemokratische Märschier in Rodisfort Raum gibt. Darin heißt es, daß nach Schluß der Märschier eine kommunistische Versammlung zu veranstalten versucht wurde, die von der Gendarmerie auseinandergejagt wurde. Und nun wird folgendes berichtet:

„Den versammelten Arbeitern und Arbeiterinnen konnte jedoch zur Kenntnis gebracht werden, daß die Gendarmerie eigens von dem sozialdemokratischen Kreissekretariat in Karlsbad nach Rodisfort beufen wurde, um das Auftreten der kommunistischen Referenten unmöglich zu machen. Ein bezweifelbares Schriftstück der sozialdemokratischen Kreisleitung an den Gendarmerieposten in Giechhül, welches zur Verlesung gebracht wurde, wurde von den versammelten Arbeitern, darunter sehr vielen Sozialdemokraten, mit stürmischen Pfautusen quittiert.“

Wenn man der sozialdemokratischen Partei einen Vorwurf machen kann, dann ist es der, daß sie im Kampfe mit politischen Gegnern viel zu anständig ist und auch die unerhörtesten Verleumdungen ignoriert, wodurch der Glaube genährt wird, daß das, was die Kommunisten behaupten, wahr sein müsse. Wir werden uns umstellen, und der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“ wird ja wohl die Freundschaft haben, im Gerichtssoale das Schreiben des sozialdemokratischen Kreissekretariates vorzulegen. Wenn es verlesen werden konnte, wird es ja wohl auch existieren.

Tagesneuigkeiten

Flug eines Amerikaners nach Paris

Harbour Grace, 31. Mai. Der amerikanische Piloter Lou Kneppers, der heute von Newark (New Jersey) zu einem Transoceanflug nach Paris gestartet ist, landete hier wohlbehalten und hat nach kurzem Aufenthalt um 8.30 Uhr Ortszeit den „großen Sprung“ über den Ozean, der ihn nach Dublin bringen soll, gewagt.

Einer der Mithuldigen an der Ermordung Rosa Luxemburgs.

Hamburg, 13. Mai. Das Hamburger Schöffengericht hat den feinerzeit im Zusammenhang mit der Ermordung Rosa Luxemburgs unter dem Namen „Leutnant Krull“ bekannt gewordenen Dr. h. c. h. Ernst Krull wegen erneuter Betrügereien, begangen an zwei Frauen, von denen er unter der Vorpiegelung, er sei Polizeioberleutnant bzw. Regierungsrat, Geld erprecht, zu insgesamt 6 Jahren Gefängnis verurteilt.

Heberführungsflug des Do X 3.

Mittenheim, 13. Mai. „Do X 3“ verließ um 9 Uhr 20 Minuten den Bodensee zum Heberführungsflug Solingenpaß—Como—Bo—Giovio nach Genua. Das Flugzeug steht unter Führung des Chefpiloten Wagners und des italienischen Piloten Rivaconi. An Bord befindet sich die italienische Abnahmekommission, zehn Mann Besatzung und außerdem als Gast der italienische Generalkonsul aus Stuttgart, im ganzen sechzehn Personen. „Do X 3“ befand sich um 10 Uhr in 3000 Meter Höhe über dem Comer See bei Bellagio. Eine Viertelstunde später überflog es Mailand. Um 10 Uhr 30 Minuten erreichte „Do X 3“ Pavia.

Gasausbruch in einem toten Schacht. Auf dem seit dem Jahre 1924 stillgelegten Kalkfeldbergwerk „Marisfreud I“ in Groß-Müden am Harz erfolgte vorgestern ein Gasausbruch. Die Mauerung von zwei Stollenmündlöchern und viele Kubikmeter Erdmasse und Gestein wurden bis 50 Meter weit über das Gelände geschleudert. Das donnerähnliche Geräusch dauerte etwa 10 Minuten und war von starker Rauchentwicklung begleitet. Die Gasquelle wird in 600—700 Metern Tiefe zu suchen sein. Die Umgebung des stillgelegten Bergwerkes wurde mit einem Steinregen überschüttet, durch den sämtliche Fenster Scheiben in Trümmer gingen. Personen, die in dem früher zum Bergwerk gehörigen Gebäude in unmittelbarer Nähe des Schachtes wohnen, sind nicht zu Schaden gekommen.

„Am Graben“ in Bodenbach — Staatsgefährlich. Ein Angestellter unseres Prager Parteisekretariats übergab am Mittwoch nachmittags zwischen halb zehn und halb elf Uhr einem Beamten der Prager Hauptpost am Schalter 8 ein Paket, das die Adresse trug: Volkshandlung Köppler, Bodenbach, Am Graben. Der Postbeamte wies das Paket mit der Forderung zurück, daß die deutsche Straßenschilderung „Am Graben“ ins tschechische „Na Prátopy“ übertragen werden müsse. Auf den Einwand unseres Genossen, — der in diesem Protest wohl ganz richtig die Prager tschechische „Volkseule“ gegen den Prager Graben tönen sollte, — daß es sich um den Graben in Bodenbach handle, reagierte der biedere Chouvinist nur mit einem „To nic nevadí“. Und weil das also nichts ausmacht und der Angestellte nur nach seines Auftrages sich entledigen mußte, verwandelte sich der Bodenbacher Graben tatsächlich für einen Augenblick kraft der arabischen Tinte auf der Prager Hauptpost ins Tschechische. — Was sagt die Postdirektion dazu? Wird sie stillschweigend über diesen kleinen, aber bezeichnenden Vorfall hinweggehen wollen oder wird sie durch die Mitteilung an uns, daß der Schalterbeamte entsprechend belehrt wurde, einer über diese Veröffentlichung hinausgehenden Beschwerde vorzuzulassen trachten?

Eine Transantin als Taschkrauberin. Seit Monaten wurden in Karlsbad Tabaktraffiken erbrochen und ausgeraubt. Bis her war es der Polizei nicht gelungen, der Täter habhaft zu werden. Donnerstag wurde nun um dreiviertel 5 Uhr früh eine Frau beim Einbruch in die Trahowskyer Tabaktraffik ertappt. Diese Frau, eine Kriegswitwe, ist die angeblich vermögende Transantin Anna. Im Zusammenhang mit dieser Verhaftung glaubt die Staatspolizei in Karlsbad, die in der letzten Zeit sich erschreckend häufenden Einbrüche in Tabaktraffikhäusern restlos aufgeföhrt zu haben.

Der nichtliebige Alfonso. König Alfonso von Spanien, der Freitag mit seinem Sohne auf einem Dampfer aus Malta zurückkehrte, wurde in Marseille beim Verlassen des Landungsplatzes plötzlich von einem spanischen Arbeiter angefallen, der ihm einige heftige Schläge ins Gesicht verriechte. Polizeimilitären warfen sich sofort auf den Angreifer und verhafteten ihn. Es ist dies bereits der zweite Fall, daß der ehemalige König von Spanien Alfonso XIII. in Marseille überfallen wurde. Der erste Fall ereignete sich vor einigen Monaten.

Valentinschleier überrollt. Der Bankier Valentino Coppola in Rom wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er heimlich größere Beträge

Das Verbrechen an dem Lindbergh-Kind.

Seit zwei Monaten lag es tot in der Nähe des Elternhauses.



Das Lindbergh-Baby mit seiner Mutter, Großmutter und Urgroßmutter.

London, 13. Mai. (Reuter.) Die Identität des Kindes Lindberghs wurde festgestellt. Nach der gerichtlichen Untersuchung ist das Lindbergh-Baby infolge eines komplizierten Schädelbruches gestorben und dürfte seit zwei Monaten an Ort und Stelle gelegen haben. Es ist daher durchaus möglich, daß sein Tod bereits in derselben Nacht erfolgt ist, in der es geraubt wurde. Die Wunde, die den Tod herbeiführte, befindet sich an der linken Seite des Schädels. Dieser ist vom Scheitel bis zum linken Ohr zertrümmert. Nach Ansicht der Ärzte, die die amtliche Obduktion durchführten, wurde die Verletzung mit einem stumpfen Instrument verursacht, oder wurde das Kind aus einem in Fahrt befindlichen Automobil herausgeschleudert. Am Kopfe wurde auf der rechten Seite noch eine zweite Wunde festgestellt. Die Identität des Kindes wurde nicht nur an Hand der Kleider, nach den Zähnen, der Kopfform und der Form anderer Knochen festgestellt. Zwei Ärzte, die bei der Geburt des Kindes zugegen waren, bestätigten die Identität des Kindes. Die Amme des kleinen Lindbergh erklärte, nachdem sie die Leiche gesehen hatte, sie erkenne die typischen Merkmale des Kindes.

Sopetwell, 13. Mai. (Reuter.) Der Berichterstatter des Reuter-Büros stellte fest, daß die Leiche, eigentlich heute bereits bloß ein Skelett, von zwei in der Umgebung des Lindbergh'schen Anwesens arbeitenden Männern aufgefunden wurde. Die beiden Arbeiter schoben einen kleinen Bogen einer Feldbahn und fanden dabei die von Lehm und Blättern verdeckte Leiche des Kindes. Nach der Art, wie die Leiche am Boden lag, ist ersichtlich, daß Versuche unternommen worden waren, sie in den Boden einzuscharren, als sie sich bereits in einem fortgeschrittenen Zustand der Verwesung befand. Der Leichnam des Kindes wurde etwa fünf Meilen südöstlich von Lindberghs Besitz am Mount Rose am Wege aufgefunden, der zur Hauptstraße führt, die nach New York geht. Alle, die nach dem Kinde gefahndet hatten, mußten täglich, Monate hindurch, an dieser Stelle vorbeiziehen.

Amerika in Empörung und Erschütterung.

New York, 13. Mai. In den letzten zehn Jahren hat kein Ereignis einen derart erschütternden Eindruck auf alle Schichten der amerikanischen Bevölkerung gemacht, wie die Auffin-

in italienischer Valina außer Landes gebracht hätte. Es ist dies der erste Fall der Verurteilung wegen eines solchen Deliktes.

Einströmender Schornstein verschüttet zwei Arbeiter. Gestern um dreiviertel 11 Uhr vormittag stürzte in der Stadthöherei der Böhmisch-Mährischen Kolben-Panek A. S. in Wjsofschan umgefallene ein Drittel eines sechs Meter hohen Schornsteines ein und verdrängte zwei Hilfsarbeiter, von denen Antonin Jelenka erster und der Arbeiter Kraj leichter verletzt wurde. Eine Kommission untersucht die Ursache des Unglücks. Nach einer Version ereignete sich das Unglück durch die Entzündung von Gasen in dem Schornstein. Die Verletzten Arbeiter wurden nach der ersten Hilfeleistung ins Krankenhaus überführt.

Probeflug — zwei Tote. Bei Tod, stürzte ein Flugzeug bei einem Probeflug infolge Motorexplosion aus 90 Metern Höhe ab. Der ganze Apparat war in wenigen Minuten vollständig verbrannt. Führer und Beobachter wurden als verkohlte Leichen unter den Trümmern hervorgezogen.

Ein mißglücktes Auto-Attentat zwischen Theresienstadt und Prag wird uns von Augenzeugen berichtet, die am Dienstag dieser Woche, abends 9 Uhr, just dazu kamen, wie ein Lastauto auf der Straße von Theresienstadt nach Prag, ungefähr beim Orte Sedly auf ein über die Straße gezogenes, hartes Drahtseil stießen, das durch die Kraft des Lastautos zwar zerissen wurde, und also seinen Schaden anrichten konnte, das aber zweifellos zu einer Katastrophe geführt hätte, wenn

die Identität des Kindes Lindberghs totum Kind, insbesondere nachdem es sich herausgestellt hat, daß der Kleine längst nicht mehr am Leben war, als die Eltern sich nach der Hoffnung hingaben, durch Verhandlungen mit den Entführern ihn zurückzubekommen. Ganz allgemein macht sich flammende Entrüstung über den Nihilismus geltend, mit dem die Entführer verfahren haben, den Eltern einen riesigen Geldbetrag zu entlocken, indem sie in ihnen vergebliche Hoffnungen erweckten.

Singu kommt, daß es sich nicht um einen Einzelfall handelt. In den letzten Jahren häufen sich die Entführungen, um von den Angehörigen der Opfer große Geldsummen zu erpressen.

Im Kongreß wird nunmehr sofort die Behandlung einer Vorlage aufgenommen werden, die die

Verbringung von Entführten aus einem Einzelstaat in den anderen unter Todesstrafe

stellt. Die Verfolgung solcher Verbrechen wird damit — das ist der Sinn der Vorlage — zu einer Bundesangelegenheit, die es der Zentralregierung in Washington ermöglicht, unabhängig von den Bemühungen der regionalen und lokalen Behörden ihre wesentlich durchgreifenderen Machtmittel zur Bekämpfung dieser speziellen Sorte von Verbrechen einzusetzen.

Der Chef der Polizei, Oberst Schwarzkopf, erklärte, daß nunmehr, wo das Kind bereits aufgefunden wurde, alle möglichen Versuche unternommen werden würden, um der Entführer habhaft zu werden.

Die Polizei verdächtigt eine gewisse Banditengruppe.

dieses Verbrechen begangen zu haben. Die Gerechtigkeit- und Sicherheitsbehörden des Distriktes wurden in das Bestium Lindberghs zu einer Beratung berufen. Nach einer Erklärung des Obersten Schwarzkopf werden die Unterhändler des Obersten Lindbergh, Gordon und Curtis, zur Polizei vorgeführt werden, wo sie einem Verhör unterzogen werden sollen. Beide werden auch zu einem gerichtlichen Verhör vorgeladen werden. Man nimmt an, daß Gordon und Curtis vertrauliche Informationen besitzen könnten, die auf die Spur der Entführer zu führen vermöchten. Schwarzkopf erklärte weiterhin, daß das Schreiben, in welchem das Lösegeld verlangt wurde, nunmehr das Gericht in Verwahrung habe, welches die Veröffentlichung nicht bewilligte.

das unmittelbar hinter dem Lastkraftwagen angelegte Personenauto vorgefahren wäre. Da wir nirgends eine Meldung über diesen Vorfall fanden, lenken wir hiermit die Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden auf die Gefahr, die sich vielleicht, auch auf anderen Autostraßen, wiederholen konnte.

Das Liebesdrama von Reichenh. Im Saazer Bezirkskrankenhaus ist die 18jährige Josefa Stoupal, die mit einer schweren Schußwunde im Kopfe eingeliefert worden war, ihrer Verletzung erlegen. Die Stoupal wollte zusammen mit ihrem Geliebten, dem 19jährigen Elektrotechniker Dolarek aus Laun, aus dem Leben scheiden; sie begab sich, wie erinnerlich, in den Wald bei Reichenh, woselbst Dolarek erst einen Schuß auf das Mädchen abgab und sich dann selbst eine Kugel in den Kopf jagte. Die beiden jungen Leute waren ins Bezirkskrankenhaus Saaz gebracht worden, wo nunmehr die Stoupal ihr junges Leben ausgehaucht hat, während sich Dolarek auf dem Wege der Genesung befindet.

Die Einschreibungen an der Staatlichen Kunstgewerbeschule in Prag für das Schuljahr 1932/33 finden bloß vor den Ferien statt, und zwar diesmal ausschließlich auf Grund einer vorhergehenden jährlichen Anmeldung, die der Anstalt bis zum 1. Juni d. J. zugehen muß. Einzelheiten beinhaltet ein Prospekt, der über Erlauben jedem von der Anstalt zugestellt wird.

Der Personenzugverkehr an den Pfingstfeiertagen. Die Eisenbahnverwaltung hat alle Vorbereitungen getroffen, die schneidende Frequenz der Reisenden zu den Pfingstfeiertagen statt und pünktlich zu bewältigen. Dem reisenden Publikum wird an-

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag:
Prag: 6.30: Gymnastik. 12: Orchesterkonzert. 17.30: Schallplatten. 18: Deutsche Sendung: Wilhelm Busch-Fest. 21: Die der Wasserwagen nach Prag überfödelte, Lustspiel. 21.25: Postaff. Oper von Verdi. 22.30: Schallplatten. — Brünn: 11: Matinee. 18: Deutsche Sendung: Schrammelmusik. 20.05: Militärmusik. — Berlin: 16: Lustige Musik und die Comedien Harmonika. — Königsberg: 12.05: Orchesterkonzert. 19.30: Roberte Saiten. — Leipzig: 14.30: Kammermusik. 19.30: Carmen, Oper von Bizet. — Wladlader: 15.30: Randoimenzkonzert. 17: Blasmusik. — München: 19.05: Abo, Oper von Verdi. — Wien: 11: Sinfoniekonzert. 14.45: Josef-Quartett. 19: Wiener Geschichten. 19.30: Pieder und Arien.

Montag:
Prag: 6.30: Gymnastik. 10.30: Schallplatten. 12.05: Konzert. 17.30: Schallplatten. 18: Deutsche Sendung: Prof. Dr. Jungbauer: Deutsche Pfingstgedächtnis. 19.40: Aus allen Ecken Prags. 22.30: Jazzkompositionen. — Brünn: 18: Deutsche Sendung: Aus lustigen Opern. 19: Sinfonischer Abend. 21: Der Lenz in tschechischer Musik. — Berlin: 14.45: Märche von Schubert. 19.30: Die lustigen Weiber von Windsor, Oper von Nicolai. — Hamburg: 13.30: Deutsche Musik. 18.30: Kammermusik. 22.45: Aus fremden Ländern. — Leipzig: 11.30: Bach-Kantate. 20: Jugend im Mai. — München: 18.05: Kammermusik. — Wien: 12.45: Chordvorträge. 15.30: Dardas Streichquartett.

Dienstag:
Prag: 6.30: Gymnastik. 12.12: Schallplatten. 17.30: Sinfonievorträge. 17.35: Rinderfunk. 18.25: Deutsche Sendung: Wiegenlieder. 20.30: Klavierkonzert. — Brünn: 12.45: Orchesterkonzert. 15.30: Klavierkonzert. — Berlin: 17.30: Mozart. 20.30: Sinfonischer Abend. — Breslau: 18: Pieder von Schumann. — Königsberg: 18.50: Virtuose Blasmusik. Großes Kabarett. — Leipzig: 19.30: Das Wandervogel der Brüder van Ede. — Wladlader: 20.30: Sinfoniekonzert. 22.45: Sinfonievorträge. — München: 21.35: Kammermusik. — Wien: 21.10: Volkstümliches Orchesterkonzert.

empfohlen, durch rechtzeitiges Erscheinen an den Schaltern und zu den Jagen in eigenem Interesse zum größten Jugoverkehr beizutragen, was ja um so eher möglich ist, als die Zeit der Fahrkartenausgabe allgemein bereits festgelegt ist, daß sie für die präge Expedition der Passagiere auch bei erhöhter Frequenz vollaus hinreicht. Die Verwaltung der Staatsbahnen hat im Interesse der schneller und rechtzeitigen Beförderung des Publikums die Bahnhöfe Stationen angewiesen, die Fahrkartenausgabe fünf Minuten vor der Abfahrt des betreffenden Zuges zu beenden, wenn die weitere Fahrkartenausgabe an zu spät kommende Passagiere der rechtzeitigen Abfahrt des Zuges hinderlich wäre. Gleichzeitig wird das Publikum neuerdings darauf aufmerksam gemacht, daß ab 10. Mai die bisher üblichen Pfeil- und Trompetensignale nicht mehr gegeben werden und daß es im Interesse des reisenden Publikums ist, rechtzeitig die Züge einzunehmen.

Mißglückte Verheimlichung eines historischen Fundes. In der Nähe von Ravenna (Italien) befindet sich die sogenannte Grotta di Colle, die in prähistorischer Zeit ein bedeutendes Siedlungsburg. Bereits 1909 wurden dort deshalb Ausgrabungen unternommen, die jedoch damals keine besonderen Ergebnisse zeigten, so daß sie abgebrochen wurden. In der jüngsten Zeit wurden die Ausgrabungen wieder, und diesmal mit größerem Erfolg, aufgenommen. Unter anderem wurde eine kleine Bronzefigur von besonders hohem Werte gefunden, die sichtlich aus der archaischen Zeit stammt und einen Priester darstellt. Es handelt sich um ein Reliquat von etwa 20 Zentimeter Höhe, dessen Wert jedoch für die frühchristliche und für die Religionsgeschichte besonders hoch ist. In dem Funde ist auch der Anhalt interessant, daß der Finder des kleinen Figurechen heimlich zu sich gestohlt hatte, ohne dem Ausgrabungsleiter den Fund zu melden, und bereits mit einigen italienischen Katholikenhändler in Verhandlungen stand, um es zu verkaufen. Die Anwesenheit eines dieser Händler an Ort und Stelle fiel dem Ausgrabungsleiter auf und so wurde das Verschleichen des wertvollen Objektes noch rechtzeitig verhindert.

Die fleißige Leserin. Im Besal der Universitätsbibliothek Cambridge entdeckte eine Studentin zwischen zwei zusammengelassen Seiten eines sonstigen Werkes ein von seinem Autor aufgestelltes Testament, durch das der fleißige Leserin eine Erbschaft von 1000 Pfund vermacht wurde. In der Einleitung des inzwischen rechtswirksam gewordenen Testaments beklagt sich der Autor des Buches darüber, daß nach niemand sein Werk ganz gelesen habe; der Fleiß, der einen Lesers so weit führe, müsse belohnt werden.

Vor dem Auge des Gesetzes. In Barleberichten herrscht augenblicklich Haufe an Diebstählen. Richter und Anwälte werden ebenfalls ihrer Uhren oder Schirme beraubt, wie Zeugen oder Zuschauer. Ein besonders komischer Fall ereignete sich dieser Tage: ein junger Mann betrat während einer Zivilgerichtssitzung mit einer Pelteder Saal und bei den Vorhänden, die Uhr an der Wand nehmen zu dürfen, da sie gereinigt werden sollte. Der Richter unterbrach die Verhandlung, der Gast nahm die Uhr ab und — entfernte sich um 14: auf Kammerdienerschaften.

Steuermoral und Steuer-gerechtigkeit.

Zum Prozeß Antos.

Vor dem Prozeß Schmutzgericht wird derzeit ein Prozeß verhandelt, dessen Hauptperson ein Oberfinanzrat darstellt, der seine Amtsgewalt dazu mißbraucht haben soll, etlichen millionenschweren Steuerträgern die drückende Steuerlast ein wenig erleichtert zu haben, wobei der Staat um etwa drei Millionen geschädigt sein soll, soweit nämlich der Schade überhaupt feststellbar ist, wie der Herr Staatsanwalt in der Anklage vorföhrlich bemerkt.

Von diesem Herrn Finanzrat soll jedoch hier leinwegs die Rede sein, sondern vielmehr von einigen grundsätzlichen Fragen unseres Steuer-systems überhaupt, die sich dem Beobachter dieses Prozesses aufdrängen. Nicht von der mißbrauchten Amtsgewalt wollen wir hier reden, sondern von der durchaus korrekten und honesten Amtspraxis unserer Steuerbehörden und den Grundfragen, auf denen diese unsere Steuerpraxis beruht.

Nach der Anschauung der heute herrschenden bürgerlich-demokratischen Staatstheorie basiert das Steuersystem eines Staates auf zwei fundamentalen Begriffen. Auf der einen Seite (nämlich auf der Seite der steuerzahlenden Staatsbürger) figuriert der Begriff der Steuermoral, um dessen Auslegung und Darlegung sich diese beflissene Finger wund geschrien haben. Kurz gefaßt könnte man diesen Begriff mit dem lateinischen Imperativ umschreiben: „Gib dem Staate, was des Staates ist.“ Arbeiter, Reuener, Bestler usw. — mit einem Wort, jeder Angehörige des Staates leiste seinen angemessenen Tribut an den Staatsfiskus, um den Staat in die Lage zu versetzen, seine gemeinnützigen Aufgaben zu erfüllen.

Auf der anderen Seite steht die Forderung nach Steuergerechtigkeit. Diese Forderung ist eines der dürftigen Relikte der Forderungen, die das aufstrebende, damals revolutionäre, Bürgertum auf den Barrkaden von 1848 gegen die herrschende konservative Adelskaste vertreten hat. Das Bürgertum ist inzwischen alt und die ehemaligen Revolutionäre sind selbst zu Ausbeutern oder Sklaven der Ausbeuter geworden. Aber der Ruf nach Steuergerechtigkeit ist nicht verhallt. Bis in die allerletzte Zeit hält der herrschende Liberalismus an der Fiktion fest, daß er diesem Grundfah Bahn gebrochen und in den derzeit herrschenden Steuergesetzen Geltung verschafft hat.

Dieser Grundfah der Steuergerechtigkeit — der heute in der Theorie so unbestritten herrscht, daß jeder Kandidat einen Unfallsfall riskieren würde, wenn er bei der Staatsprüfung seine Existenz verleugnen wollte — dieser Grundfah erliegt dem Staat die Verpflichtung auf, die Größe des sog. „Steueropfers“ in Betracht zu ziehen. Es ist klar, daß es für einen Arbeiter mit einem Jahresdienst von 10.000 Kronen, ein weit größeres Opfer bedeutet, jährlich — sagen wir — 5 Prozent, d. h. 500 Kronen abzugeben, als für einen Generaldirektor, der von seinem Millionen-Einkommen den gleichen prozentuellen Anteil erlangen sollte. Diesem Grundfah nach sind auch die progressiven Steuern geschaffen worden, die höhere Einkommen mit entsprechend höherem Steuerfuß erfassen, ohne natürlich einem gerechten Verhältnis auch nur annähernd gleich zu kommen.

Also der Steuermoral auf seiten des Steuerzahlers soll die Steuergerechtigkeit von seiten des Steuerfiskus entsprechen. Nun sind gerade in dem derzeit laufenden Prozeß Tatsachen zutage getreten, die die Frage aufstehen lassen, wie es um diese zwei Pfeiler unseres Steuer-systems heute und hierzulande bestellt ist.

Zum Punkt „Steuermoral“ wäre zunächst zu vermerken, daß die arbeitenden Schichten der Bevölkerung, ob sie wollen oder nicht, in dieser Beziehung ein Muster darstellen. Abgesehen davon, daß ein großer Teil der Hand- und Kopfarbeiter sich die Steuer logisch vom Lohn oder Gehalt abziehen lassen muß, sind die Einkommensverhältnisse dieser Beschäftigten, die nichts besitzen außer ihrer Arbeitskraft, so leicht kontrollierbar, daß irgendwelche Verschleierungen überhaupt nicht in Frage kommen. Anders verhält sich die Sache in den „gehobenen“ Schichten der Bevölkerung. Was hier an „Steuermoral“ geleistet wird, übersteigt alle Begriffe. Wie eine Bombe hat die Eröffnung des Finanzministers eingeschlagen, daß sechs Milliarden Steuergeleber aus diesen Kreisen ausständig sind — nebenbei Kreisen, die größtenteils das Monopol auf Patriotismus innezuhaben behaupten. „Steuerbetäter“ und „Steuerbuchhalter“ sind gefuchte Kräfte in diesen patriotischen Schichten. In Prag existiert z. B. eine Versicherungsgesellschaft, von der die Kunde geht, daß ihre sämtlichen Abteilungen passiv sind (nämlich in der Steuerbilanz), und die trotzdem eine Dividende auszahlt, die dieser „Steuer-mäßigen“ Passivität geradezu Hohn spricht. Und solche Beispiele liegen sich ins Beliebig vermehren.

Was aber die Steuergerechtigkeit betrifft, so sei daran erinnert, daß zahllosemale von allen Seiten bitterste Beschwerden geführt wurde, wie rückwärtslos der Steuerfiskus gegen arme Häuser, kleine Gewerbetreibende und Handwerker vorgeht, wie die letzte Kuh, die letzte Biene aus dem Stall geholt, wie der letzte geschickte Sonntagssatz gepfändelt wird, den ja niemand kauft, wenn es zur Versteigerung

Bodensatz nach dem Kochen?

Bodensatz oder Krusten sind manchmal unvermeidlich. VIM entfernt sie leicht und schnell, weil es stark seifenhaltig ist. Es löst den Schmutz und kratzt nicht.



VIM

DIE PUTZFRAU IN DER DOSE



PUTZFRAU
VIM
entfernt
ihn rasch!

v. t. 2/32

kommt. Ueber vernichtete Existenzen schreitet der bürokratische Göze und zerrüt sie vollends — wenn sie zu den Kleinen gehören, zu den Mühseligen und Beladenen. Sonst aber...? Ja — sonst aber hat man Einselben und Verständnis. Was hörte man in diesem Prozeß? Es war korrekt und ganz in der Ordnung, daß die Vertreter des Staatsfiskus sich z. B. mit dem Grafen Czernin-Bouquoy darauf geeinigt haben, die Vermögensabgabe von 24 Millionen auf 10 Millionen herabzusetzen? Oder irgendeinem Bobkovich von 22 ebenfalls auf 10 Millionen? Etwa weil diese Herrschaften notwendig Hungers sterben müßten? Und auf diese Beispiele (zwei von unzähligen) darf man sich im Gerichtssaal berufen, um zu beweisen, daß der Angeklagte ja gar nichts Besonderes angestellt hat?

Hier verschwimmen die ideologischen Fundamente der „Bürgerpflicht“ zu einem widerlichen Konglomerat. Die Vertreter der „Steuergerechtigkeit“ lassen mit sich reden und schließen auf 50 Prozent ab und die Vertreter der „Steuermoral“ wissen mit ihrem Widerpart umzuspringen. Und alles ist völlig korrekt und in bester Ordnung!

Eine künftige Generation wird über diese Dinge den Kopf schütteln mit dem gleichen Widerwillen und dem gleichen Gefühl der Scham, wie wir heutigen es gegenüber der Inquisition, der Robott und der absolutistischen Justiz der vergangenen Jahrhunderte empfinden. Sache jedes Einzelnen von uns ist es, dieser besseren neuen Zeit den Weg zu bereiten.
Dr. Bg.

PRAGER ZEITUNG.

Hilfsaktionäre für das Erzgebirge.

Soziale Schmoderei hat sich des entsehligen Themas der Zeit, das Not und Hunger heißt, bemächtigt und die unglücklichen Opfer der Krise zur Konjunktur einer widerwärtigen Wohlstands-Journalistik umgewandelt, die jeder Not einen Anruf und jedem Anruf eine Unterschrift bereinstellt. Ohne daß sie in stillen und geistigen Bezirken Rechtfertigung erwarten dürfte, konnte doch persönlicher Einsatz wirksamer Arbeit mit ihr ein wenig verbunden. Indessen müßten die wenigsten, die Mitbewußten dem Alarmruf „Hunger im Erzgebirge“ und „Köpfe ohne Hut!“ auf die Sophieninsel gefolgt waren, die Enttäuschung erleben, daß dem Versuch, die Katastrophe der Hunger im Erzgebirge nicht nahe genug ging, um persönlich zu erscheinen; ganz im Gegensatz zum Regierungsvorsteher, der sich mit einem Stab von Vollmachten eingefunden hatte und mit fraglichem Recht die erwünschte Gelegenheit ergreift, eine mißliebige Veranstaltung zu unterlagern. Die „endgültige“, aber nicht erschienene Prager Prominenz von A bis Z, von Adler bis Zuzhal, legte auf die Einladung zur „internationalen öffentlichen Kundgebung“ die Parole „Alles für die Rettung der Hungernden im Erzgebirge!“. Alles, nur das Opfer eines Abends nicht; wozu auch? Vielleicht war es nur organisatorische Untätigkeit, die so deutlich horellig, was empfindliche Ohren längst schon vernommen haben; den Mißklang, den es gibt, wenn die Prager-Herrengasse in das „Leben mit einer Getra“ ein wenig soziale Abwechslung zu bringen versucht. „Prolet für die Hungernden!“ ergibt vor dem Hintergrund einer berufsmäßigen Feinschmückerpublizistik eine schiefe Parole.

Den Telefonabonnenten in Prag VII. Wegen Ueberleitung der alten Telefonkabel auf die neuen werden am 14. Mai l. J. die im Rayon zwischen den Gassen Belcrediho, Beverlova, Demanova, Binaska, und am 16. Mai die zwischen den Gassen Ramenicka, Belcrediho und Letohradsko, Binaska und Kofelni befindlichen Telefonstationen auf die Dauer von etwa einem Tage aus dem Verkehr ausgeschaltet.

Vorträge und Veranstaltungen

Gettionschef Rubista über das neue Wohnungsgeleh.

Das Sozialinstitut veranstaltete einen Vortrag, in dem die breitere Öffentlichkeit aus dem Munde eines beruflichen Fachmannes ausführlich über das neue Wohnungsgeleh unterrichtet werden sollte. Gettionschef Rubista führte unter anderem das Folgende aus:

Der vorliegende Entwurf unterscheidet sich grundlegend von allen früheren Wohnungsgelehen. War es Aufgabe der früheren Gesetze, die durch den Krieg entstandene Wohnungsfrage zu lindern, so hat sich das neue Gesetz zum Ziel gesetzt, eine endgültige staatliche Regelung des Wohnungs-wesens zu schaffen. Durch den ersten Abschnitt des Gesetzes sollen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt planmäßig geregelt werden, wobei nicht nur den objektiven Bedürfnissen (Nar-

gel an Wohnungen überhaupt), sondern auch den subjektiven (Wünschen der Mieter nach anderen Wohnungen) nachgekommen werden soll. Hier soll die Einrichtung der Verzelehnisse leerer Wohnungen, die öffentlich aufliegen werden, gute Dienste leisten. Die Gemeinden werden also die Rolle der Wohnungsvermittlung übernehmen. Gerade diese Reuierung war in einem gewissen Teil der Presse das Objekt der heftigsten Angriffe. (Wahrscheinlich aus Angst vor dem Verlust der Wohnungsinerale.) Der Gemeinde wird auch das Aufsichtsrecht über das Wohnungswesen zuzufallen, eine Maßnahme, die nicht zu kleinen Schäden der Hausbesitzer führen soll, sondern lediglich hygienischen Gesichtspunkten entspringt. Dieser Gedanke ist auch nicht neu, schon 1919 befürwortete der Gesundheitsauschuß der revolutionären Nationalversammlung dieses Gesetz, zu seiner Durchführung aber kam es damals noch nicht. Das Gesetz enthält weiters eine völlige Reuogelung der Frage der Subventionen. Subventionen sollen in Zukunft nur dann gegeben werden, wenn in der Gemeinde, wo der subventionierte Bau errichtet wird, ein tatsächlicher Mangel an Kleinwohnungen besteht und nur dann, wenn die Voraussetzung vorhanden ist, daß die neuen Wohnungen allen hygienischen Ansprüchen Genüge leisten werden. Es dies in den einzelnen Fällen zutrifft, darüber sollen besondere Kommissionen den staatlichen Finanzbehörden Bericht erstatten. Zum erstenmal wird auch hinsichtlich der Subventionen eine Unterscheidung von Bauten öffentlicher Körperschaften (Gemeinden, Gewerkschaften) und privaten Bauten

DIANA Bei Müdigkeit und Pein FRANZBRANNTWEIN

gettoffen. Der Staat wird bei Bauten mit noch dann seine Garantie geben, wenn die Gemeinden an der Garantie zur Hälfte teilnehmen, womit bezeugt wird, die Gemeinden mehr als bisher an der Baubewegung zu interessieren. Auf dem Berliner Kongreß der Wohnungsfrage wurde die Notwendigkeit einer besseren Fürsorge für die alten Wohnungen ausgesprochen. Ihr wird durch das Gesetz entsprochen werden, denn beim Umbau alter Häuser wird — falls keine genügenden Mittel vorhanden sind — öffentliche Unterstützung eingreifen. Kleinerer Verräge werden die Gemeinden, größerer wird der Staat zur Verfügung stellen. Die Preise für den durch den Staat im öffentlichen Interesse enteigneten Boden soll durch eine ständige Schätzungskommission festgestellt werden.

Der Vortragende kommt schließlich auf das Mieterfrageproblem zu sprechen, er bezeichnet dieses Kapitel als das am meisten politisierte des ganzen Entwurfes. Man hat wohl von einem neuen Wohnungsgeleh erwartet, daß es den Mieterschuh liquidieren wird. Er scheint dies aber überhaupt möglich, wenn man sich die Tatsachen vor Augen hält? Die Tatsachen spiegeln sich in einer Statistik wider, von der die größten Städte der Republik erfährt sind. Nach dieser wurde festgestellt: Von allen Wohnungen stehen 35,5 Prozent unter dem Mieterschuh, von allen Mietwohnungen 31 Prozent und 63 Prozent von allen Mietwohnungen in alten Häusern. Besonders interessant ist das Ergebnis für Prag; dort

Jugendabteilung des Allgemeinen Angestellten-Verbandes, Kreis Prag.

Zu Pfingsten veranstaltet die Hauptjugendleitung des Allgemeinen Angestellten-Verbandes ein Jugendtreffen in Prag. Aus allen Teilen des Landes treffen am Samstag und am Sonntag unsere Jugendlichen in Prag ein. Da die ersten Gäste bereits am Samstag abend hier ankommen, ist es unbedingt notwendig, daß alle Prager Jugendkolleginnen und -kollegen um 5 Uhr beim Wilsondenkmal, gegenüber dem Wilsonbahnhof, gestellt sind. Dorselbst Aufstellung der einzelnen Leute für die Führungen am Sonntag. Sonntag abend findet im Saale des Lidovho dam in Holešovice (Beltrami ul., oberhalb des Reisspalastes) eine Abendfeier statt, bei der der Film „Die Weber“ zur Vorführung gelangt. Diezu laden wir alle Kolleginnen und Kollegen herzlich ein. Montag vormittags Fahrt nach Karlstein. Diejenigen, die nicht mitfahren, begeben sich auf den Sportplatz auf dem Petrin. Nachmittags dortselbst lustiges Treiben, leichtatmige Wettspiele und ein Fußballweitspiel zwischen Neidenberg und Prag.

Helft alle mit, dieses Fest so zu gestalten, daß es allen Teilnehmern als dauerndes Zeichen unserer Arbeit in Erinnerung bleibt. Freundschaft!
Die Jugendleitung.

sieben 71 Prozent aller Mietwohnungen in alten Häusern noch unter dem Mieterschuh und 76 aller Ein- und Zweizimmerwohnungen. Nicht nur diese Tatsachen sprechen gegen die Aufhebung des Mieterschuhes in der Zeit einer so schweren Krise, sondern auch die Erfahrungen der anderen Länder. Heute bezieht der Mieterschuh noch in den meisten europäischen Ländern, in den mitteleuropäischen und nordischen Staaten, in Frankreich, Spanien, Portugal und in Griechenland. Das konservative England hat ihn nicht eingeführt. In Italien und Jugoslawien, wo Diktaturregierungen den Mieterschuh beseitigten, haben sich die neugeschaffenen Verhältnisse zum Schaden der beiden Völker ausgewirkt. In Frankreich wurde der Mieterschuh schon zweimal verlängert und dürfte auch noch ein drittes Mal verlängert werden. In Deutschland wird der Mieterschuh (auch Zwangswirtschaft genannt) mit dem Jahre 1936 fallen, aber nur unter der Voraussetzung, daß bis zu diesem Zeitpunkt das neue bürgerliche Gesetzbuch in Kraft getreten ist, welches ein neues soziales Mietrecht enthält.

Diese Beispiele des Auslandes zeigen, daß wir durchaus nicht rückwärtlich sind, da wir nicht anders handeln, als die meisten europäischen Staaten.

Die Ausführungen des Vortragenden wurden von der überwiegenden Mehrheit des Publikums mit großem Beifall aufgenommen. Die im Saale anwesenden Hausbesitzer allerdings, die sich während des Vortrags bisweilen durch Zwischenrufe bemerkbar gemacht hatten, verließen das Fürsorgeministerium in etwas gedrückter Stimmung, als der Vorsitzende erklärte, daß die Diskussion, die sich an den Vortrag anschließen sollte, beschoben würde.

Kunst und Wissen

Deutsche Opern im englischen Rundfunk. Die „Daily Herald“ berichtet, sind zwischen der britischen Rundfunkgesellschaft und der deutschen Reichsrundfunkgesellschaft Verhandlungen im Gange, die darauf abzielen, im kommenden Sommer Vorstellungen deutscher Opernhäuser auf englische Sender zu übertragen, wobei auch an Uebertragungen solcher Vorstellungen gedacht ist, die von deutschen Sendern selbst nicht verbreitet werden.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Samstag, halb 8 Uhr: „Rigoletto“. — Sonntag, halb 8 Uhr: „Zopf im Schloß“ (175—III). — Montag, halb 8 Uhr: „Morgen acht's uns gut“ (176—IV). — Dienstag, halb 8 Uhr: „Stützen der Gesellschaft“ (177—I). — Mittwoch, 7 Uhr: „Aida“ (Baubeamten I und II). — Donnerstag, halb 8 Uhr: „Fubarr“ (178—II). — Freitag, 8 Uhr: „Die Meisterfinger von Nürnberg“ (Kudolf Fockelmann und Gustav Schupendorf a. B.) (179—III). — Samstag, halb 8 Uhr: „Franz Barents Gewerbe“ (180—IV). — Sonntag, halb 8 Uhr: „Don Giovanni“ (181—I). — Montag, halb 8 Uhr: „Stützen der Gesellschaft“ (182—II).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Samstag, 8 Uhr: „2:2 unentwieden“. — Sonntag, 8 Uhr: „2:2 unentwieden“. — Montag, 8 Uhr: „Konjette“ (Ab.). — Dienstag, halb 8 Uhr: „Morgen acht's uns gut“. — Mittwoch, 8 Uhr: „Konjette“ (Ab.). — Donnerstag, 8 Uhr: „Der Mann mit den grauen Schläfen“. — Freitag, halb 8 Uhr: „Diktatur der Frauen“ (Kulturverbandsst.). — Samstag, halb 8 Uhr: „Morgen acht's uns gut“. — Sonntag, halb 8 Uhr: „Schnitzler-Widwans-Freier. Premiere: „Anatols Größenwahn“. Die Uebertragung von „In Einigkeit“ (Ab.). — Montag, halb 8 Uhr: „Morgen acht's uns gut“ (Ab.).

